

**Zeitschrift:** Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut

**Band:** 8 (1967)

**Heft:** 7

**Artikel:** "Sprachrebellion" in Jugoslawien

**Autor:** Kuburovic, Predislav

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1077056>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 10.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# «Sprachrebellion» in Jugoslawien

Die «Deklaration über die Benennung und die Stellung der kroatischen Literatursprache», die vom Kroatischen Schriftstellerverband und «Matica Hrvatska» (Gesellschaft zur Förderung der kroatischen Sprache und Kultur) sowie sechzehn anderen kulturellen und wissenschaftlichen Institutionen Kroatiens unterzeichnet und am 17. März in der Zagreber Zeitung «Telegram» veröffentlicht wurde, ist über Nacht zum Hauptgesprächsthema Jugoslawiens geworden. Als Explosionsstoff ersten Ranges droht sie die Fundamente des jugoslawischen Vielvölkerstaates zu sprengen.

Die Deklaration geht davon aus, dass im «sozialistischen Jugoslawien» die kroatische Literatursprache bedroht sei. Die Prinzipien der nationalen Souveränität und vollen Gleichberechtigung aller jugoslawischen Völker verlangten von jedem Volk, die Attribute der nationalen Existenz zu wahren. Dazu gehöre der Name der eigenen Sprache, deren sich das kroatische Volk bediene. Dieser Sprachname ist durch die jugoslawische Bundesverfassung unklar formuliert und gründet sich auf einer Vereinbarung, die in Novi Sad vom 8. bis 10. Dezember 1954 zwischen führenden serbischen, kroatischen und montenegrinischen Philologen, Schriftsteller und Publizisten getroffen wurde. Diese Vereinbarung sieht als gemeinsamen Namen für die Volkssprache der Serben, Kroaten und Montenegriner «Serbokroatisch» bzw. «Kroatoserbisch» vor, da es sich um eine Sprache handelt, die eine gemeinsame linguistische Grundlage hat. Trotz dieser klaren Formulierung in der Vereinbarung von Novi Sad ist es in der Praxis dazu gekommen, dass man von einer «einheitlichen Staatssprache» spricht, wobei unter diesem Vorwand «mit aller Gewalt die serbische Literatursprache als die einheitliche Literatursprache für Serben und Kroaten aufgezwungen wird», behaupten die Unterzeichner dieser Deklaration vom 17. März 1967. Um mit dieser Praxis aufzuhören, fordern die Unterzeichner der Deklaration die Revision von Artikel 131 der jugoslawischen Bundesverfassung.

## Der umstrittene Verfassungsartikel

Artikel 131 der jugoslawischen Bundesverfassung lautet: «Die Bundesgesetze und sonstigen allgemeinen Akte der Bundesorgane werden im Amtsblatt des Bundes in den Sprachen der Völker Jugoslawiens in folgenden authentischen Fassun-

gen veröffentlicht: in serbokroatischer bzw. kroatoserbischer, slowenischer und mazedonischer Fassung. Die Organe des Bundes beachten im amtlichen Verkehr das Prinzip der Gleichberechtigung aller Sprachen der Völker Jugoslawiens.» Die erwähnte Deklaration möchte diesen Text in folgender Form umändern: «Die Bundesgesetze und die sonstigen allgemeinen Akte der Bundesorgane werden im authentischen Text in folgenden vier Literatursprachen der Völker Jugoslawiens veröffentlicht: in serbischer, kroatischer, slowenischer und mazedonischer Sprache. Die Organe des Bundes beachten im amtlichen Verkehr das Prinzip der Gleichberechtigung aller Sprachen der Völker Jugoslawiens.» In Sinne dieser Verfassungsrevision verlangt die Deklaration zugleich die konsequente Anwendung der «kroatischen Literatursprache in Schule, Presse, Radio und Fernsehen», wenn es darum geht, den kroatischen Standpunkt zu vertreten, sowie als Pflicht und Dienstsprache für Beamte, Lehrer und Journalisten auf dem kroatischen Territorium, unabhängig davon, ob sie Kroaten sind oder nicht, und ob sie aus einer anderen jugoslawischen Teilrepublik stammen oder nicht. Der Text dieser Deklaration wurde der jugoslawischen Bundesvolksversammlung, dem kroatischen Landtag sowie der ganzen jugoslawischen Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht, mit dem Ziel, die 45köpfige Kommission der jugoslawischen Bundesvolksversammlung für die Revision der Bundesverfassung möge diese Forderungen bei der neuesten Verfassungsrevision berücksichtigen.

## Parteigremium überrascht

«Das ist Politik und nicht die Linguistik.» Mit diesen Worten kennzeichneten die Parteigremien in Kroatien die am 17. März in der Zeitung

«Telegram» veröffentlichte Deklaration. In einem Leitartikel der Zagreber Zeitung «Vjesnik» heißt es: «Warum wurde diese Deklaration ganz geheim vorbereitet, suggeriert und zusammengefasst? Keine politische Körperschaft der sozialistischen Republik Kroatiens wurde in diesem Sinne informiert, konsultiert oder auch nur zur Diskussion eingeladen. Die Art, in der diese Deklaration die Diskussion eröffnen möchte, weckt ein berechtigtes Misstrauen.»

Das Stadtkomitee des BdK Kroatiens rief eine Sondersitzung ein und verurteilte die Deklaration als «einen Akt der politischen Blindheit», als «Beleidigung der kroatischen Intelligenz» und als «einen destruktiven Akt». Der Sekretär des Exekutivrates des ZK des BdK Kroatiens, Miko Tripalo, sagte in seinem Schlusswort: «Der Nationalismus kann nicht im Interesse des kroatischen Volkes liegen. Es war die Pflicht der Kommunisten in den Institutionen, die die Deklaration unterzeichnet haben, die politischen Stellen zu konsultieren. Die Deklaration ist eine organische Verflechtung zwischen dem Bürokratismus und Nationalismus. Niemals hat im Leben Jugoslawiens Kroatien eine so grosse Rolle gespielt wie heute. Als der Exekutivrat leider nur zufällig von der Vorbereitung der Deklaration erfuhr, ohne zu wissen, was sie für einen Inhalt haben werde, beschloss er, eine Gruppe von Genossen mit der Aufgabe zu bilden, den Kommunisten unter den Unterzeichnern die Stellung des Exekutivrates zu übermitteln, wonach diese Deklaration nicht veröffentlicht werden darf. Leider wurde diese Anweisung, obwohl sie von den Kommunisten genehmigt wurde, nicht ganz befolgt, und «Telegram» brachte sie ohne unsere Bewilligung an die Öffentlichkeit.» An der gleichen Sitzung wurde ein Beschluss des Parteistadtkomitees von Zagreb gefasst, in dem Vlatko Pavletić, kroatischer Schriftsteller und Mitunterzeichner der Deklaration, aus dem Parteikomitee und dem BdK ausgeschlossen wurde.

## Für und wider in der Öffentlichkeit

Drei Tage nach der Veröffentlichung der Deklaration veröffentlichte der ehemalige kroatische Kulturminister und Mitglied des ZK des BdK Kroatiens, Dr. Milos Zanko, in drei Fortsetzungen in «Vjesnik» eine Antwort auf die Deklaration unter dem Titel «Ueber die verschiedenen Methoden und Wege zur Lösung der nationalen Frage und nationalen Beziehungen zwischen den jugoslawischen Völkern», in der er Punkt um Punkt versuchte, die Deklaration zu widerlegen. Nach ihm sind Forderungen der Deklaration fehl am Platze. Die kroatische Literatursprache sei in Jugoslawien nicht bedroht. Die Deklaration könnte ernste politische Komplikationen verursachen. Die strittigen Fragen könnten nicht durch eine politische Demonstration gelöst werden, die Deklaration aber sei ein ausgesprochener Akt der politischen Demonstration. Den Unterzeichnern der Deklaration warf er vor, sie richten eine Mauer auf, die zur Isolierung des kroatischen Volkes und der kroatischen Sprache sowie Kultur führt. Jede Isolierung ist aber ein Zeichen der Schwäche und der Stärke einer Kultur.

Dieser in der ganzen jugoslawischen Öffentlichkeit vielbeachtete Artikel wurde an der 5. Plenarsitzung des Hauptausschusses des SBdW Kroatiens vom 23. März 1967 diskutiert. Die ganze Sitzung fand in einer explosiven Atmosphäre



«Eine tiefschürfende Forschungsarbeit.» Die Begriffe serbokroatisch bzw. kroatoserbisch werden von den Unterzeichnern der kroatischen Deklaration auseinandergesägt. («Jesch», Belgrad)

statt. Die Deklaration wurde als «eine Rebellion gegen die Einheit und Brüderlichkeit jugoslawischer Völker», als «eine politische Entgleisung, die nur dem kroatischen Volke schaden wird», sowie als «ein Handstreich auf dem freien Territorium» bezeichnet. Dr. Zanko musste von seinem Kollegen J. Sentija die Bezeichnung «Inquisitor» einkassieren, da seine Artikel eine diskriminierische Aufgabe hätten. Er, Sentija, würde den einzelnen Unterzeichnern den «guten Glauben» für diesen pathetischen Auftritt zubilligen. Dr. Zanko replizierte, das Volk verlange die Träger der Deklaration ausfindig zu machen, um sie zur Verantwortung zu ziehen. Aus vielen Briefen habe er dafür Bestätigung. Anderseits habe er auch Proteste gegen seine Artikelserie erhalten, ja sogar Drohbriefe und anonyme Telephonanrufe, in denen man ihm mit der Rache der kroatischen Patrioten drohe.

«Mit Tränen in den Augen» berichtete J. Boban über die Reaktion des Volkes im Gebiet Kordun, wo Kroaten und Serben zusammenleben. Die Deklaration habe unter der dortigen Bevölkerung tiefe Empörung und Beunruhigung ausgelöst, weil sie in ihr das Aufleben jenes Ungeistes sehe, der während des Zweiten Weltkrieges zum Völkermord an Serben durch kroatische Faschisten geführt habe. Die Sitzung endete nach stürmischen Diskussionen und heftigen Auseinandersetzungen mit einem Beschluss, in dem u. a. die Streichung der Unterzeichner als Kandidaten für die kommenden Wahlen in den kroatischen Landtag und die jugoslawische Bundesvolksversammlung gefordert wurde.

Tausende von Briefen liefen den Redaktionen der Zeitungen «Vjesnik» und «Borbax» in Zagreb ein, in welchen gegen und für die Deklaration Stellung bezogen wird. Die Protestkundgebungen der Arbeiterklasse, aufgezogen von Parteiorganisationen, finden in allen Industriezentren Kroatiens statt. Einstimmig wird jeweils die Deklaration verurteilt und die Bestrafung der Unterzeichner verlangt.

### Drohbriefe

Die Redaktion der Zagreber Zeitung «Vjesnik» berichtet von Drohbriefen, in welchen sie aufgefordert wurde, mit der Behauptung aufzuhören, dass die Deklaration «ein Machwerk einzelner Personen sei». Andere befehlen uns, mit den Artikeln gegen die Deklaration aufzuhören; sonst empfehlen sie uns, Polizeischutz für unser Leben anzufordern, da unser Leben von Bürgern der Stadt Zagreb und des ganzen kroatischen Volkes bedroht sei. Oder: «Fahren Sie nur ruhig fort mit der Veröffentlichung der Proteste gegen die Deklaration, und Sie werden sehr bald einen Aufstand in Kroatien provozieren. Dann aber sollen Sie wissen, dass Sie weder die Partei, die Armee und Polizei schützen kann, noch alle ihre teuflischen Verbündeten aus der Hölle. Der Kampf für die kroatische Literatursprache ist ein politischer Kampf. Wir wollen keine serbokroatische bzw. kroatoserbische Sprache, noch weniger den jugoslawischen Gulasch, sondern einen Staat neben dem andern Staat, ein Kroatien neben Serbien... Wegen solcher serviler Diener, wie Sie sind, wurde die Deklaration ganz geheim vorbereitet... Sonst hätte sie nie das Tageslicht erblickt... Deshalb ist die Deklaration nicht nur Linguistik, sondern auch Politik.» («Vjesnik», Zagreb, 26. März 1967.)

### Reaktion in Serbien

Die Reaktion in Serbien blieb nicht aus. An der ordentlichen Versammlung des serbischen Schriftstellerverbandes vom 19. März 1967 unterbreitete eine Gruppe von Schriftstellern eine Resolution, laut welcher die Deklaration mit einer Stellungnahme beantwortet werden solle. Diese Resolution wurde zur Kenntnis genommen, da sie von mehr als 15 Schriftstellern unterzeichnet war, jedoch von der Mehrheit abgelehnt. Inzwischen wurden die Unterschriften von einigen zurückgezogen. Ein Schriftsteller gab in der Erklärung an, er sei betrunken gewesen, als er die Unterzeichnung vollzog. Milan Vukos, Staatssekretär für Kultur und Bildungswesen Serbiens, sagte an dieser Sitzung, sowohl die Deklaration in Zagreb als auch die Resolution in Belgrad müssten verurteilt werden. Diese Verurteilung sollten aber die fortschrittlichen Kräfte jeder einzelnen Nation selbst übernehmen. Nur so könne eine erfolgreiche Abrechnung mit dem Chauvinismus und Nationalismus bei Serben und Kroaten erfolgen. Das Plenum des Stadtkomitees des BdK Serbiens von Belgrad verlangte kurz nach dieser Schriftstellerversammlung die Bestrafung aller jener Schriftsteller-Kommunisten, die diese Resolution unterzeichnet hatten. Ihnen wird das Recht abgesprochen, als Kommunisten zu sprechen.

### Tito zur Sprachrebellion

Nachdem sich führende politische und Partei-gremien in Kroatien zur jüngsten Sprachrebellion ausgesprochen hatten, liess Tito mit seiner Reaktion nicht lange auf sich warten. An einer Kundgebung in Pristina am 26. März sagte er u. a.: «Wir werden niemandem erlauben, unsere grosse Errungenschaft, die Brüderlichkeit und Einheit unserer Völker, zu zerstören. Die Vereinbarung von Novi Sad aus dem Jahre 1954 ist die beste Lösung, die man für die serbokroatische bzw. kroatoserbische Sprache gefunden hatte, da dort keine nennenswerten Unterschiede bestehen.» Damit hat Tito unmissverständlich zu verstehen

gegeben, dass er die Sprachrebellion aus Kroatien verurteilt und nicht gewillt ist, durch eine Verfassungsrevision in diesem Punkt nachzugeben. Ob er damit das letzte Wort gesagt hat und ob man damit das aufgeworfene Problem aus der Welt schaffen kann, bleibt offen.

### Eine Replik

Inzwischen haben sich die Institutionen, welche die strittige Deklaration unterzeichnet hatten, zu einer Replik gemeldet. Sie wurde in der Belgrader «Politika» veröffentlicht und drückt das Erstaunen der Unterzeichner aus, dass ihre Erklärung so viel politischen Staub aufgewirbelt hat. Es sei ihnen ferne gelegen, die Gefühle irgend eines Volkes, und insbesondere der Serben, zu verletzen, oder Uneinigkeit innerhalb der Partei hervorzurufen. Inhaltlich aber beharren die Initianten auf ihren Forderungen, die sie im Rahmen der «Demokratisierung unseres Lebens» und der bevorstehenden Verfassungsrevision als notwendig erachten. Den Vorwurf, die Vorbereitungen geheimgehalten zu haben, weisen sie mit dem Hinweis auf den öffentlichen Charakter der verschiedenen Signatarinstitutionen zurück.

Diese neuerliche Erklärung ist von Radio Zagreb bereits als ungenügend bezeichnet worden, weil sie keine einzige Antwort auf die Fragen enthalte, welche die Öffentlichkeit gestellt habe. Den Unterzeichnern sei es offenbar immer noch nicht klar, dass die Öffentlichkeit eine klare Verurteilung der Deklaration und nicht eine «vernebelte Polemik» verlange.

### Tradition von 100 Jahren

Die Vereinbarung, auf die sich Tito beruft, war 1954 zwischen serbischen, kroatischen und montenegrinischen Philologen, Schriftstellern und Publizisten getroffen worden. Sie umfasst im wesentlichen folgende Punkte: 1. Bei der Volksprache der Serben, Kroaten und Montenegriner handelt es sich um eine und die gleiche Sprache.

(Fortsetzung auf Seite 10)



An der SBdW-(Volksfront-)Sitzung Kroatiens vom 23. März: Besorgte Gesichter.

## «Sprachrebellion» in Jugoslawien

(Fortsetzung von Seite 9)

Deshalb ist die Literatursprache, die sich um die zwei Zentren Belgrad und Zagreb gebildet hatte, eine einheitliche Sprache, wenn auch mit zwei Aussprachearten. 2. Zur Benennung dieser Sprache sind im Amtsgebrauch immer ihre beiden Teile zu nennen. 3. Die beiden Schriften, die lateinische und die kyrillische, sind gleichberechtigt. 4. Die beiden Aussprachearten sind ebenfalls gleichberechtigt.

Zu den damaligen Beschlüssen gehörte auch die Ankündigung eines gemeinsamen serbokroatischen Wörterbuches und eines gemeinsamen Rechtschreibungswerkes. Letzteres ist 1960 erschienen, während vom Wörterbuch bis jetzt die beiden ersten Bände vorliegen.

Die Vereinbarung von Novi Sad gründet übri-

gens auf eine ähnliche Vereinbarung, die schon mehr als hundert Jahre zuvor, 1850 in Wien, zwischen serbischen und kroatischen Schriftstellern getroffen worden war. Damals hatte man sich auf den südslawischen «Stokavski»-Dialekt als gemeinsame Literatursprache (bei phonetischer Rechtschreibung) geeinigt und ebenfalls eine Einheit der serbischen und kroatischen Sprache im linguistischen Sinne angenommen. Schon damals gab es auf beiden Seiten erhebliche Widerstände, die indessen die aufkommende Tradition einer gemeinsamen Sprache der Völker Jugoslawiens nicht hindern konnten.

Die rebellierenden Schriftsteller, Sprachforscher und Publizisten Kroatiens und Serbiens haben ein heisses Eisen angerührt. Die Partei und die Regierung haben die Angelegenheit als Politikum und nicht als eine fachliche Auseinandersetzung zwischen Sprachwissenschaftern und Schriftstellern bezeichnet. Die Parteigremien sind durch die Geheimhaltung der Vorbereitungen für die Deklaration überrascht und verwirrt worden.

Ob die Meinung Titos in dieser sehr komplizierten und stark nationalistisch und emotionell gelagerten Atmosphäre der letzte Schiedsspruch sein wird, bleibt offen. Eines ist sicher: die Kommunisten Kroatiens und Serbiens sind in dieser Frage heute, wie vor hundert Jahren die andersgesinnten Serben und Kroaten, uneinig. Unbotmässige Schriftsteller gab es damals wie auch heute. Heute sind sie aber eine Gefahr für einen Vielvölkerstaat, der nicht unter fremder Herrschaft steht, während sie damals eine Gefahr für die österreichisch-ungarische Monarchie waren. Heute wie vor hundert Jahren erschüttern sie die Fundamente eines Staates, der sich aus mehreren Völkern zusammensetzt. Die Rebellion aus Kroatien ist damit für Titos Reich eine unvorgesehene Entwicklung, die mit viel politischer Weitsicht behandelt werden muss, um nicht die Existenz des Staates in Frage zu stellen. Sie ist auch ein Beweis dafür, dass die nationale Frage in Jugoslawien genau so wenig gelöst ist wie vor mehr als hundert Jahren.

Predislav Kuburovic

## Die Tschechoslowakei: Weiter als die andern

(Fortsetzung von Seite 4)

Die Glorifizierung des sowjetischen Lebens hat im allgemeinen einer nüchternen Berichterstattung Platz gemacht, eine Feststellung, die durchaus auch auf die Parteipresse zutrifft. So hat «Rude Pravo» die sowjetischen Minimallöhne mit 40 Rubel pro Monat angegeben (und damit gegenüber der offiziellen Darstellung sogar untertrieben, und das Blatt führte an, dass in der UdSSR manchmal bis zu drei Familien eine Wohnnug mit einer Küche und einem Badezimmer teilen müssten usw. Das sind Beispiele, denen sich selbstverständlich orthodoxere gegenüberstellen liessen,

aber im grossen und ganzen gilt der Trend für die tschechoslowakische Presse insgesamt.

### Aussenpolitik: Ganz stramm

Allerdings: Wenn man die Sowjetunion heute auch nicht mehr in einem rosigen Licht sieht, so gibt man ihr in politischen Fragen doch nach wie vor noch immer recht. In dieser Beziehung ist die Tschechoslowakei noch immer ein leuchtendes Beispiel von Loyalität. Hande es sich um Vietnam, China, Deutschland, Atomwaffen und Abrüstung, eine Uno-Abstimmung oder irgend eine andere Frage der internationalen Politik, man wird die Prager Parteiführung stets musterhaft an der Seite Moskaus finden. Die politische Bindung an die Sowjetunion ist noch ein echtes Tabu geblieben, dem sich auch jener Teil der

Presse fügt, der sich sonst gerne rebellisch gebärdet.

Hierzu ist der Faktor der wirtschaftlichen Abhängigkeit nicht zu unterschätzen. 37 Prozent des tschechoslowakischen Handels wickelt sich mit der Sowjetunion ab, und das Handelsabkommen für die Jahre 1966–70 sieht eine Vergrösserung dieses Volumens vor. Auch ist die tschechoslowakische Produktion weitgehend auf die Bedürfnisse der Comecon-Länder zurechtgeschnitten, und der sowjetische Markt bleibt für die tschechoslowakische Wirtschaft noch auf lange Sicht unentbehrlich.

### Parteispitze: Unverändert

Aber noch etwas anderes erklärt die enge politische Bindung an die Sowjetunion: die personelle Zusammensetzung der Parteiführung. Angesichts des grossen Aufbruchs der liberalen Kräfte im Lande ist es eigentlich erstaunlich, wie wenig sich an der Spitzte verändert hat. Wohl wurden 1963 auf slowakischen Druck zwei alte Stalinisten, Siroky und Bacilek, gesäubert, aber dabei ist es allen gegenteiligen Erwartungen zum Trotz (mehrere fälschlicherweise der Rücktritt von Novotny selbst vorausgesagt) geblieben. Auch sind die neueren Mitglieder von Präsidium und Parteisekretariat kaum weniger orthodox als ihre Kollegen.

Mit dem Zentralkomitee ist es nur wenig besser bestellt. Die meisten seiner 110 Mitglieder sind Apparatschiks oder Opportunisten. Von den rehabilitierten Opfern der stalinistischen Säuberungen sind nur zwei ins ZK aufgenommen worden, die beide trotz ihrer Erfahrungen dem konservativen Flügel angehören.

Bei dieser dogmatischen Zusammensetzung suchen die höchsten Parteigremien ihren mangelnden Rückhalt in der Öffentlichkeit wenigstens durch den Rückhalt bei ihren sowjetischen Kollegen wettzumachen. Denn wenn sie Moskau fallen liesse (oder wenn sie selbst Moskau fallen liessen), hätten sie politisch bald ausgespielt.

So kommt es, dass die Tschechoslowakei ein politisches Satellitendasein weiterführt, das im Kontrast zu ihrer gesellschaftlichen Emanzipation steht.



Freiwillige Aufbuarbeit in Brigaden: Vorwiegend eine Erinnerung.